

2206/AB XX.GP

Beantwortung

der Anfrage der Abgeordneten Kier und Partner/innen
an die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales
betreffend Rückerstattung der Sozialversicherungsbeiträge
für dienstnehmerähnlich Beschäftigte aufgrund
des VfGH-Erkenntnisses (Nr. 2322/J).

Zu den aus der beiliegenden Ablichtung der gegenständlichen Anfrage ersichtlichen Fragen führe ich folgendes aus:

Frage 1:

Im Erkenntnis vom 14. März 1997, G 392, 398, 299/96-18, mit dem der VfGH § 4 Abs.5 ASVG aufhob, bestimmte der VfGH keine Frist für das Inkrafttreten der Aufhebung. In diesem Fall tritt gemäß Art. 140 Abs.5 B-VG die Aufhebung am Tag der Kundmachung in Kraft. Dies bedeutet, daß Sachverhalte auf die der gegenständliche Tatbestand anzuwenden ist, erst ab dem Inkrafttreten der Aufhebung pflichtversicherungsfrei sind. Davor bestehende dienstnehmerähnliche Beschäftigungsverhältnisse unterliegen der Pflichtversicherung gemäß § 4 Abs.5 ASVG.

Zu den Fragen 2 bis 4:

Da § 4 Abs.5 ASVG bis zum Tag des Inkrafttretens der Aufhebung dem Rechtsbestand angehört hat, dürfen die eingehobenen Sozialversicherungsbeiträge nicht rückerstattet werden. Für eine Klage nach Art.137 B-VG besteht daher meiner Ansicht nach kein Raum.

Zur Frage 5:

Eine Rückerstattung von Beiträgen für den Fall, daß die für einen späteren Pensionsanspruch erforderliche Mindestanzahl an Beitragsmonaten nicht zustande gekommen ist, sieht das ASVG nicht vor.

Zur Frage 6:

Personen, die bisher aufgrund des § 4 Abs.5 ASVG versichert waren, steht die Möglichkeit offen, sowohl in der Krankenversicherung als auch in der Pensionsversicherung eine (freiwillige) Selbst- bzw. Weiterversicherung zu beantragen.